Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1919 Nr. 172 — Jahrgang 212

Bezugspreis: Für Halle und Umgebung monatlich Mk. 1,25, vierteljährlich Mk. 3,75 frei Haus. Durch die Post monatlich Mk. 1,34, vierteljährlich Mk. 4,50 außer Postgeld.

Morgen-Ausgabe

Freitag, 11. April

Anzeigenpreis: Einzige Insertion je Zeile 80 Pfg., auswärtige je Zeile 40 Pfg. — Reklamezeile 1,25 Mk. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610 — Postscheckkonto Leipzig 20512.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale.

Nationalversammlung, Preußenparlament, Rätekongreß!

Wenn der Leser sich heute morgen über die politischen Vorgänge der letzten 24 Stunden einen Ueberblick zu machen versucht, so wird er die bemerkenswerte Gegenüberstellung vornehmen müssen, die auf der einen Seite einen wahren Ueberfluß von Tatendrang zu hochtrabendsten Reden sieht, die auf der anderen Seite aber förmliche Anstrengung zu positivem Nichtstun, beziehungsweise negativer Tätigkeit findet. Gestern haben drei Parlamente getagt, und in allen drei Parlamenten ist umfangreich und intensiv geredet worden. Aber auch nur das, denn über das Niveau eines bloßen Vortrages ist keine der vielen Reden hinausgewachsen, keine der zahlreichen und zweifellos reichhaltigen Reden wurde das, was man auch auf rhetorischem Gebiete eine Tat zu nennen pflegt. Alle blieben sie mehr oder weniger das, was man von Parlamentsreden der „neuen Zeit" längst gewohnt ist, bestenfalls zeigte manche von ihnen das Bestreben, den politischen Gegner nicht unnütz zu verbittern und über Gegensätze hinweg zu einen. Und doch ist selbst das in unseren Tagen schon etwas, dem man in dankbarer Weise Anerkennung zollen muß. Das Selbstverständliche ist zum Verdienst geworden.

In der Nationalversammlung in Weimar hat mit der Einbringung des Etats eine neue Aera rednerischer Hochfluten eingesetzt. Nachdem die „Begründung" des Etats durch den Reichsfinanzminister Schiffer jedem Deutschen die Augen über den realen Boden geöffnet hat, auf den Deutschland durch die Revolution getreten ist, haben die beiden am meisten vorn stehenden Minister, Herr Scheidemann und Graf Brockdorff-Rantzau, ein erschütterndes Bild der gegenwärtigen politischen Lage Deutschlands gezeichnet, sowohl im Innern, wie hinsichtlich der großen weltpolitischen Zusammenhänge. Erschütternd ist dieses Bild trotz des wiederholt ausgesprochenen Glaubens an Deutschlands Zukunft, oder vielmehr gerade wegen der oftmaligen Beteuerung, daß man an Deutschlands Lage nicht verzweifeln wolle, denn wenn es nicht so unendlich traurig um uns stände, dann brauchte ja nicht so oft versichert zu werden, daß man trotzdem und alledem nicht verzagen wolle. Sowohl der Außenminister als auch der Ministerpräsident beschäftigen sich eingehend mit der auswärtigen Politik, und in beiden Reden standen naturgemäß die Fragen des Friedensschlusses im Vordergrunde. Beide haben mehrmals hervor, daß wir nur einen Frieden unterschreiben würden, welcher dem deutschen Volke wenigstens die notwendigsten Lebensbedingungen gewährleiste und nicht den Keim zu völligem Niedergang oder späteren Vergeltungskriegen in sich trage. Und auch von deutscher Ehre wurde manchmal, wenn auch nur wie beiläufig, gesprochen. Wenn man solche Beteuerungen staatsmännischer Festigkeit hört, könnte man gewiß aufatmen, wenn einem dabei nicht immer das Goethe-Wort einfiele von der trotzen Botschaft, an die aber leider der Glaube fehlt. Was Erzberger unter der Aegide Scheidemanns und Brockdorffs preisgegeben hat, das ist doch nicht so leichthin zu vergessen. Bemerkenswert waren die Ausführungen des Außenministers über die dänischen Bestrebungen bezüglich Nordschleswigs, die selbst von dem doch an manches gewöhnten Weimarer Mehrheitsblock mit lebhaften Erstaunen entgegen genommen wurden. Wenn man weiß, daß Graf Brockdorff ein ausgesprochener Versöhnungspolitiker ist und sich daran erinnert, daß er dänische Verhältnisse ausgezeichnet kennt, weil er lange Jahre als deutscher Gesandter in Kopenhagen gelebt hat, und wenn man dann seine Worte über Nordschleswig aufmerksam liest, dann kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß dort etwas vorgeht, worüber noch nicht die volle Wahrheit gesagt worden ist. Die Erklärungen des Grafen Brockdorff über die Reform des Auswärtigen Amtes werden gewiß hier und da Befriedigung erwecken, helfen kann diese Reform aber erst, wenn die richtigen Männer auf die betreffenden Posten gelangen, die nicht internationale Völkerbundspolitik treiben, sondern deren ganzes Tun und Lassen bestimmt wird von dem Bismarckschen Streben nach der Wiederherstellung von Deutschlands Ehre und Größe. Nationale Politik muß der Leitstern der deutschen Staatsregierung und aller deutschen Volksvertretungen werden, dann können auch die angekündigten Reformen des auswärtigen Dienstes nützen. Andernfalls werden auch sie versagen, weil nur durch große Persönlichkeiten ein Herauskommen aus der gegenwärtigen Niederung zu erwarten ist. Eine große Persönlichkeit aber wird stets nationale Politik treiben.

Was der Ministerpräsident Scheidemann über die innerpolitischen Verhältnisse sagte, macht einen wesentlich besseren Eindruck als seine früheren Ausführungen bei ähnlichen Gelegenheiten und läßt hoffen, daß ihm endlich das Verständnis dafür aufgegangen ist, wo sich das von ihm bezeichnete „Pulverfaß" befindet. Wenn seinen Worten über das Rätesystem nun auch die entsprechenden Taten folgen sollten, kann mit allmählichem Rückgang des bolschewistischen Wirrwarrs in Deutschland gerechnet werden. Eine solche Tat wäre schon eine zweifelsfreie Regierungserklärung im Rätekongreß in Berlin, damit den ruhigen und besonnenen Elementen der Rücken gestärkt wird. Wir hörten gestern die feiernden Bergarbeiter durch den Reichswirtschaftsminister förmlich beschwören, doch endlich Vernunft anzunehmen und unersetzbare Werte nicht mutwillig zu zerstören, aber wir lesen tagaus tagein von neuen Streiks, neuen unerhörten Forderungen und blutigen Kämpfen zwischen deutschen Volksgenossen. Hier Nichtstun und Müßiggang, ja noch mehr als das, die Tendenz zu negativer Betätigung, dort in Weimar und Berlin eine ungetrübte und ungeminderte Redefreudigkeit. Wenn in Fabriken und Bergwerken mit Hingebung so gearbeitet würde, wie in Parlamenten geredet wird, und wenn man hier diejenige Zurückhaltung üben wollte, die von Arbeitern und Angestellten im praktischen Leben geübt wird, wahrlich, es stände besser um uns! Dann aber brauchte auch nicht so oft der Glaube an Deutschlands Zukunft hervorgehoben zu werden.

h. b.

Scheidemann und Brockdorff über die Lage Deutschlands

Nationalversammlung

Weimar, 10. April.

Die erste Lesung des Etats wird fortgesetzt.

An den Regierungstischen: Scheidemann, v. Brockdorff-Rantzau, Dr. Landsberg, Erzberger. Die erste Lesung des Etats wird fortgesetzt.

Ministerpräsident Scheidemann

Das wichtigste außerpolitische Ereignis seit der Vertagung dieses Hauses war der Abschluß der Verhandlungen über den geplanten Durchzug der polnischen Armee durch Danzig. Diese Verhandlungen haben uns zwar nicht völlig von Bestimmungen befreien können, aber es ist gelungen, unsere Gegner von einem Plane abzubringen, der eine deutsche Provinz schwer geschädigt hätte. Diese Verhandlungen haben aber gleichzeitig die willkommene Gelegenheit geboten, die Richtlinien hervortreten zu lassen, nach denen die Reichsregierung

die auswärtige Politik der deutschen Republik

zu führen gedenkt. Vor allem ist die Regierung fest entschlossen, alle einmal übernommenen Verpflichtungen ihrem Sinn und Geist nach aufs strengste zu erfüllen. Die Treue zum Vertrag soll das Kennzeichen des neuen Deutschland sein. Daneben steht die Treue zu uns selbst. Sie zwingt uns zur unerschütterlichen Wahrung derjenigen deutschen Lebensinteressen, ohne die weder ein nationales noch ein staatliches Leben möglich ist. Es ist ein Gebot der Ehrlichkeit, wenn wir nur solche Verpflichtungen übernehmen, die mit unseren Lebensinteressen in Einklang gebracht werden können. Und dann kommt die Treue gegen die Allgemeinheit, das heißt die Betätigung im Geiste rückhaltloser Versöhnung allen Völkern gegenüber. Dieses müsse die Richtschnur für die gemeinsame Zukunft sein. Die Bedingungen zur Versöhnung sind stets und überall vorhanden, wo nicht Imperialismus und Chauvinismus den Ausschlag geben. An uns darf es nicht fehlen, denn es gilt unseren Erzfeinden jede Möglichkeit zu nehmen, unsere auswärtige Politik nach irgend einer Richtung hin zu beeinflussen; da gibt es keine Hinterhältigkeit. Wir wollen eine gleichmäßige Annäherung an alle Völker, keine erneute Verteilung der Welt in Bündnisse und Gruppen, die ja doch im gefährlichen Augenblick losgehen wie ungesicherte Gewehre. Wir können uns auch nicht von Rußland die Gestaltung unserer inneren Verhältnisse aufzwingen lassen. (Sehr richtig! rechts und Zustimmung.) Wenn Rußland aber auf die gewaltsame Propaganda des Bolschewismus verzichtet, wollen wir gern dem russischen Volke die Bruderhand reichen, das, so wie wir, die falsche Rechnung des volksfeindlichen Imperialismus mit Niederlagen, Zusammenbruch und schlimmster Not hat bezahlen müssen. Der mühsame, bitterschwere Weg zu einer neuen wirtschaftlichen und staatlichen Konsolidierung ist uns beiden gemeinsam. Wir sind in vielem aufeinander angewiesen! Ich hoffe, daß wir uns einander zu finden wissen. (Beifall.) Nach Westen, Frankreich gegenüber, kann es für unsern Willen zur Versöhnlichkeit keine Unklarheit geben. Wenn wir in bezug auf

Elsaß-Lothringen auf eine Volksabstimmung drängen,

so tun wir es nicht in der stillen Hoffnung, einen Punkt des Wilsonschen Programms zu entkräften, sondern für alle Zukunft Revolutions-Ideen und neue Anschuldigungen wegen Vergewaltigung auszurotten. Wir leiden zwar unter der noch immer andauernden Zurückhaltung unserer Brüder und Söhne in der Kriegsgefangenschaft. Wir empfinden es auch bitter, daß es gerade französische Befehlshaber in den besetzten deutschen Gebieten sind, die dort Abtrennungsgelüste zu wecken suchen, aber wir hoffen auch hier auf den Sieg eines neuen Brudergefühles, der die Menschheit von solchen Schlacken der Völkerentzweiung zu befreien wissen wird. Wir werden aber, Volksvertretung und Regierung, in der Lage sein, diesen unseren Willen zur Völkerversöhnung zur Geltung zu bringen. Wir werden täglich mit unzähligen Dokumenten überschüttet, die uns den Glauben rauben könnten. Wir warten ab, nicht untätig und nicht stumpfsinnig, aber auch nicht irre gemacht an unserem Streben nach Verständigung über die verlassenen Schützengräben hinweg.

Die Gefahren, die wir für den Erfolg unserer auswärtigen Politik sehen, kommen nicht so sehr von jenseits der Grenzen, als vielmehr aus unserem Volke selbst, aus der bedauerlichen Erschütterung unseres Landes, aus der gärenden Unruhe, aus dem Brand, dessen Sichflammen immer wieder hervorbrechen und das ganze Haus mit Vernichtung bedrohen. Ein Streik löst den andern ab.

Verruchte, gedankenlose Menschen haben Hand angelegt an ein Mitglied der Reichsregierung, das auch Mitglied der Nationalversammlung ist. Ist in diesem Hause auch nur ein einziges Mitglied, das diese skandalöse Angelegenheit der Immunität nicht mißbilligt? Auch dieser gewalttätige Streich könnte dazu beitragen, die Misere zu sprengen, ihr Ansehen vor Ein- und Ausland zu vernichten in einer Zeit, in der endlich für unser ganzes, durch Unterernährung und Entkräftung gequältes Volk eine Erhöhung der Rationen winkt, wo die Blockade sich lockert, wo der Hungertrieb die Waffen streckt, und in diesem Augenblick ruhen hunderttausende von Händen, die allein durch ihre Arbeit die Zahlungsmittel schaffen können, ohne die es kein Pfund Mehl oder Speck für unsere Frauen und Kinder gibt. Mehr noch! In dem Augenblick, in dem unser aller Ziel nur noch Brot noch Friede und nichts als Friede sein kann, vollzieht sich

in München ein neuer Umsturz,

wird dort die Räte-Republik ausgerufen, werden dort die staatlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse auseinandergewürfelt wie Kinderspielzeug mit der ausgesprochenen Front gegen die übrige Welt. Nicht das Vaterland, nicht die Regierung, aber der Friede ist in Gefahr. Jetzt, wo es gilt, den lückenlosen Beweis für unseren Friedenswillen, für unsere Ablehnung aller Gewaltpolitik, für unsere unerschütterliche Ehrlichkeit zu erbringen, jetzt wagen es verruchte Phantasten aufs neue, das Kriegsbanner aufzupflanzen gegen die Völker, mit denen wir uns morgen an den Verhandlungstisch setzen wollen. Ich bin ein Gegner der Räterepublik aus Regierungsprinzipien, ich kann nicht so schnell umlernen wie die anderen, die gleich mir ein Leben lang unter der Parole der Demokratie gekämpft haben und sie nun verleugnen. Wir wenden uns gegen die Räterepublik nicht nur aus Gründen der Weltanschauung, weil wir in ihr die Zerstörerin des letzten Restes staatlichen Zusammenhaltens sehen, sondern, wir wenden uns gegen sie, weil wir den Frieden wollen. Wir führen mit dem Chauvinismus der Räterepublik einen Kampf auf Leben und Tod um des Friedens willen, ohne den wir zugrunde gehen. Nicht die Bündnisse der Weltrevolution suchen wir, die führen genau so in Mord und Brand wie die Bündnisse der Monarchien, des Imperialismus. (Sehr richtig!) Wir brauchen das große Weltbündnis, den Völkerbund, in dem gleichberechtigte Völker sich frei entwickeln können ohne die Außenfesseln der Rüstungen und ohne die neuen Lasten bolschewistischer Bürgerkriege, das uns meilenweit von den Ideen Lenins, der sich rühmte, schon 1910 empfohlen zu haben, die Abrüstung aus dem sozialistischen Programm zu streichen, denn die Ueberlieferung des Kapitalismus ohne Bürgerkrieg sei eine Utopie. (Hört! Hört!) Nun, ohne Abrüstung wäre der Völkerbund leere Formel. Wenn zwischen den Völkern die rohe Gewalt als Mittel der Auseinandersetzung abgeschafft werden soll, dann sehnen wir sie erst recht ab in der Auseinandersetzung zwischen Volksgenossen. (Beifall.) Krieg nach innen, Krieg nach außen, das bringen uns die Räte, die Lehren Lenins, der Bolschewismus. Ich stelle Ihnen keine wüsten Phantasiefratzen vor, ich will aus der bolschewistischen Idee keinen Kinder- und Bürgerschrecken machen. Ich halte mich an die Tatsachen, an

Lenins Bekenntnisse zum Bürgerkrieg,

an den Bündnisbeschluß der Münchener Räte-Republik und an den Beschluß des Kommunisten-Kongresses, die neues Heilsehren der Sowjet-Regierung mit Feuer und Schwert durch die Welt zu stürmen. An diese Tatsachen halte ich mich, wenn ich dem deutschen Volke zurufe: Wacht auf, seht um Euch, erkennt den Abgrund, der sich vor Euch und Euern Kindern und unser aller Zukunft auftut. Hier darf es keine Parteiunterschiede geben, einig sein in der Abwehr der Räterepublik, das heißt, sich zusammenfinden in der großen, das ganze Volk zusammenfassenden Partei, deren einziger Programmsatz heißen muß: Erst vor allem Friede! Während wir über die Zukunft der Republik beraten, tagt

in Bern in der zweite Rätekongreß,

Wir beobachten seine Verhandlungen mit Interesse und mit den besten Wünschen. Er soll dem Wohl der deutschen Zukunft dienen, möge er den gleichen Weg gehen wie die Reichsregierung, indem er aus dem Rätegedanken das Beste, für unser Volk Zweckdienlichste entnimmt und nutzbar macht. Eine schwere Verantwortlichkeit liegt auf dieser Tagung. Möge er sich klar darüber sein, daß man geistige Bewegungen nur mit geistigen Waffen bekämpfen oder geistige Neuerungen auch nur auf geistigem Wege einleiten kann. Der Sozialismus kann einem Volke ebensowenig aufgezwungen werden, wie uns Deutsche je eine Reaktion so wieder aufgezwungen werden kann. Wir wollen der wirtschaftlichen Demokratie den Weg bahnen. Wir wollen ihr die notwendigen Organe schaffen und die Sozialisierung so

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191904111-10/fragment/page=0001

einleiten, daß sie eine Quelle der Wohlfahrt, nicht eine Zerstörung bildet. Aber während wir aus dem Bolschewismus den Nährboden entziehen, bleibt uns nichts anderes übrig, als seine gewaltsamen Ueberrumpelungsversuche gewaltsam abzuwehren. (Beifall.) Es ist nicht unsere Schuld, wenn das Wort Gewalt noch nicht aus dem Wörterbuch unseres Volkes verschwinden kann. Helfen Sie uns, daß es bald verschwinden kann, daß es nicht bereinigt wird in seinem schlimmsten Begriff, dem Gewaltfrieden. (Lebhafter Beifall.)

Die Stellungnahme der Parteien

Abg. Dr. Pfeiffer (Ztr.): Wir erheben im gegenwärtigen Augenblick warnend unsere Stimme, und ich spreche im Namen der ganzen Nationalversammlung, wenn ich diesem Schmerzensschrei eines bis zum äußersten gequälten Volkes Ausdruck gebe. Für den Frieden erheben wir drei Forderungen, ohne die es eine Einigung nicht geben kann: Räumung des besetzten Gebietes sofort beim Friedensschluß, Rückgabe unserer Gefangenen und Aufhebung der Blockade. (Stürmischer Beifall.) Wir erheben laut und feierlich Einspruch gegen das vielfach unerhört gewalttätige Vorgehen unserer Feinde in den besetzten Gebieten. Im Namen meiner linksrheinischen Freunde spreche ich es erneut aus, daß sie in dieser schweren Schicksalsstunde unseres Volkes alle Sonderwünsche zurückstellen und unerschütterlich auf dem Standpunkt stehen, daß sie deutsch bleiben wollen. (Stürmischer Beifall.) Wenn wir so die Unantastbarkeit unseres deutschen Gebietes verlangen, so verlangen wir auch, daß bei Friedensschluß uns unsere Kolonien nicht weggenommen werden. Aber der kommende Friede soll uns auch noch eine andere Belastung bringen, nämlich die finanzielle, und dabei spielt die Wiedergutmachung eine große Rolle. Wir haben uns bereit erklärt, den angerichteten Schaden wieder gut zu machen. Aber dies darf nicht auf Grund phantastischer Zahlengebäude erfolgen, die unsere Gegner einseitig aufstellen, sondern der Listen, die wir geführt haben, und die wir vorlegen werden. Der Völkerbund muß auch Deutschland als vollberechtigtes Mitglied aufnehmen, und zwar ohne die moralische Quarantäne, mit der wir uns nach der Ansicht unserer Gegner erst den Zutritt erkaufen sollen. In den Kreis der Schiedsrichter, die in diesem Völkerbund vorgesehen sind, sollte auch der Papst aufgenommen werden. Es ist eine wohlkommen naive und verfehlte Spekulation, durch das Eingeständnis unserer Schuld die Feinde milder stimmen zu wollen. Die Regierungsvorlage zur Einführung des Rätesystems in die Verfassung ist eine unumgänglich notwendige soziale Forderung, die uns in ihrem sachlichen Grundgehalt durchaus berechtigt erscheint. Die politische Arbeit muß bei der Volksvertretung bleiben, aber wirtschaftliche Fragen können durch das Rätepartement besser ausgearbeitet und vertieft werden.

Abg. Hoch (Soz.): Die anderen Völker sollten anerkennen, daß in Deutschland der Militarismus für alle Zeiten beseitigt ist, wenn uns nicht eine andere Entwicklung aufgezwungen wird durch Vergewaltigung des deutschen Volkes. Ebenso wichtig wie der Friede nach außen ist aber auch, daß wir Frieden im eigenen Lande bekommen. Wir lehnen mit aller Entschiedenheit die Räterepublik ab, denn sie bedeutet nicht Vereinigung der Kräfte, sondern die Vergewaltigung der Mehrheit durch eine Minderheit. Auch die Diktatur des Kapitalismus lehnen wir ab. Den Satz von der Heiligkeit des Eigentums können wir in dieser schweren Zeit nicht anerkennen. Jeder, der mehr hat als er braucht, darf dieses Mehr nur nach als Eigentum der Gesamtheit verwalten. Neben der Nationalversammlung sind auch die Arbeiterräte notwendig.

Um ½2 Uhr wird die Weiterberatung auf ½4 Uhr vertagt.

Außenminister Graf Brockdorff-Rantzau

Nach der Pause nahm Reichsminister des Aeußern Graf Brockdorff-Rantzau das Wort. Seit meiner Programmrede vom 14. Februar, so führte er aus, hat sich die äußere Lage Deutschlands nicht wesentlich geändert, zwar ist der Krieg noch immer nicht zu Ende, aber man darf annehmen, daß der Friede vor der Türe steht. Die Friedensarbeit fällt zusammen mit meinen Plänen für die Reform des Auswärtigen Dienstes. Wir brauchen einen möglichst vollkommenen Apparat, um aus der unerhört schweren Lage, in der sich Deutschland befindet, zu einem erträglichen Frieden zu gelangen. Wir brauchen nicht hoffnungsvoll zu sein, aber wir brauchen auch nicht zu verzweifeln. Unsere Gegner haben sich während des Winters durch die immer maßloseren Forderungen ihrer Presse zu erschrecken und an das Schlimmste zu gewöhnen versucht. Jetzt hört man mildere Töne. Jetzt wird erklärt, Deutschland werde überrascht sein, wie maßvoll die Forderungen sind, die man zu stellen gedenkt. Wir wollen uns weder durch die wüsten noch durch die friedlicheren Zukunftsbilder aus der Stellung bringen lassen, die wir am Friedenstisch einnehmen müssen (Sehr richtig!) Wir stehen vor harten und kühl rechnenden Feinden und haben diesen gegenüber nur eine Waffe, das ist die Berufung auf die Friedensgrundlage, über die wir uns Anfang November, bevor wir unsere Waffen überlieferten, einig geworden sind. (Sehr richtig!) Ein Frieden, der sich von dieser Grundlage in einem wesentlichen Punkt entfernt, können wir nicht unterzeichnen. (Lebhafter Beifall.) Die territorialen Forderungen der Gegner geben ja jetzt nur zu wenigen Bemerkungen Veranlassung. Erneut muß ich die deutsche Forderung anmelden, daß der

elsaß-lothringischen Bevölkerung

das Recht zuerkannt wird, über ihr künftiges Geschick durch unbeeinflußte Willensäußerung selbst zu bestimmen. (Lebhafte Zustimmung.) Unsere Gegner sollten einsehen, daß die Art, wie Elsaß jetzt behandelt wird, für den künftigen Frieden Europas und der Welt ausschlaggebend ist. (Sehr richtig!) Es sollte aus einem Zankapfel ein Bindeglied zwischen den beiden großen Völkern werden, die künftig noch mehr als bisher auf gute Nachbarschaft angewiesen sind. (Wiederholte Zustimmung.)

Im Osten haben wir eine schwere Krise durchgemacht. Sie scheint vorläufig überwunden, denn die Entente hat sich bereitfinden lassen, auf die Landungen in Danzig zu verzichten, aber sie hat ihren Anspruch darauf in aller Form aufrecht erhalten, und es bedarf großer Wachsamkeit, damit die Forderungen, die wir aus sachlichen und rechtlichen Gründen unbedingt ablehnen mußten, nicht wiederholt werden. (Beifall.)

In der Frage Nordschleswigs

haben sich die Dinge zugespitzt (Hört, hört!) Mehr oder weniger unzuständige Unterhändler Dänemarks suchen bei der Entente immer weiter gehende Forderungen auf Kosten des geschwächten Deutschlands durchzusetzen. (Hört, hört!) Eine skrupellose Agitation möchte den Hunger der deutschen Mittelschichtswiger zu Erpressungen und Zustimmungserklärungen im dänischen Sinne ausbeuten. Diesen Machenschaften kann nicht scharf genug entgegengetreten werden. (Lebhafte Zustimmung.) Einsichtige dänische Politiker sind sich klar darüber, wie schwer ihr Land unter einer deutschen Irredenta leiden müßte und wie zügerlich der Gewinn wäre, den Dänemark aus dem Danzer-Geschenk der Entente davontragen würde. (Sehr richtig!) Wenn die frühere deutsche Regierung im vergangenen Herbst erklärt hat, daß sie auch auf die streitigen nordschleswigschen Gebiete die Wilsonschen Grundsätze anzuwenden entschlossen sei, so hat sie dabei unzweifelhaft nur dänisch besiedelte Gebiete im Auge gehabt. (Sehr richtig!)

Die Vorbereitungen für die Angliederung Deutsch-Oesterreichs sind inzwischen weiter gefördert worden. Die österreichische Kommission unter der Führung des berühmten Rechtsgelehrten Dr. Klein ist ernannt und auch die deutsche Mission wird bald bekannt gegeben werden. Unterströmungen, die dem Zusammenschluß entgegenwirken, beirren mich nicht. Wir stehen vor einer historischen Entwicklung, die mit innerer Notwendigkeit ihren Aufbau nimmt und darum möchte ich davor warnen, diese Entwicklung zu überstürzen, das ist nicht nötig und könnte schaden. Es genügt, wenn wir ruhig und sachlich an der Aufgabe fortarbeiten. Unsern Gegnern machen offenbar

die finanziellen Forderungen

mindestens ebenso große Schwierigkeiten, wie die territorialen Forderungen. Das ist kein Wunder; es ist erst recht ganz ausgeschlossen, die Frage der finanziellen Ansprüche an Deutschland ohne Verhandlungen mit unseren Sachverständigen zu lösen. Wir sind bereit, am Friedenstisch den Gegnern auf ihre Schadenersatzforderungen sowohl als auch auf ihre Fragen nach unserer Zahlungsfähigkeit mit voller Offenheit Antwort zu geben. Es wird rascher zum Ziele führen, wenn sie mit uns verhandeln, als wenn sie von Woche zu Woche, von Monat zu Monat versuchen, untereinander über Sätze einig zu werden, die vor der Wirklichkeit die Probe doch nicht bestehen. (Sehr gut!) Unsere Gegner sollten die politische und wirtschaftliche Lage Deutschlands bei ihren Berechnungen leidenschaftslos ins Auge fassen. Sie können Deutschland nicht gleichzeitig zerstückeln und lähmen und dabei gleichzeitig aus seiner Volkswirtschaft die gewaltigsten Ueberschüsse herausziehen, die sie von ihm erwarten! (Zustimmung.)

Nur ein wirtschaftlich erstarktes Deutschland kann seinen bisherigen Feinden helfen, wirtschaftliche Schäden des Krieges gutzumachen. (Wiederholte Zustimmung.) Dazu bedürfen wir der Freigabe des industriell und landwirtschaftlich so wichtigen Westens, der jetzt nicht nur vom Feinde besetzt, sondern entgegen dem Waffenstillstandsabkommen von dem übrigen Deutschland abgeschnürt ist. Wir bedürfen der schleunigen

Aufhebung der Blockade,

dieser grausamsten Maßregel, die man trotz des Waffenstillstands weiter gegen uns führt. (Lebhafte Zustimmung.) Wir brauchen endlich die Zuführung von Lebensmitteln unter Bedingungen, die deren Ankauf überhaupt erst möglich machen. Wir verkennen nicht die hochherzige Gesinnung mancher, die sich um die Belieferung der Mittelmächte mit Lebensmitteln bemüht haben. Ganz besonders sind wir dem Papste dankbar, der noch in jüngster Zeit seinen Einfluß gegen eine schleunige Hilfe gegen die Hungersnot eingesetzt hat. (Lebhafter Beifall.) Bei der Ausführung handelt es sich aber um sehr kühle geschäftliche Fragen, die Preise und die Art der Bezahlung lassen uns diese Lieferungen nicht als Wohltat empfinden, und ein Vergleich mit der Art, wie die deutschen Behörden das belagerte Paris nach dem Waffenstillstand mit Lebensmitteln versahen, fällt nicht zu ihren Gunsten aus. Aber wir erwarten mehr von unseren westlichen Gegnern, als Lebensmittel. Wir brauchen Rohstoffe, um wieder arbeiten zu können, und um diese Rohstoffe zu kaufen, brauchen wir Kredit. Wenn die Gegner Deutschland wirklich für fähig halten, ihnen soviel zu liefern, wie sie sagen, so müssen sie an dessen Zukunft glauben, wie ich an seine Zukunft glaube. Dann müssen sie aber auch zur Gewährung von Kredit bereit sein. Zu jedem Geschäft gehört Vertrauen. Wer es uns schenkt, wird nicht enttäuscht werden.

Ein ähnliches Verhältnis wirtschaftlicher Ergänzung besteht zwischen Deutschland und dem Osten. Nachdem die Furcht vor der Unterjochung der russischen Wirtschaft durch deutsches Kapital jeden Hintergrund verloren hat, sollte sich das deutsche und das russische Volk auf das besinnen, was sie einander zu bieten haben. Dazu gehört freilich, daß das neue Rußland von jeder Form der Vergewaltigung und gegenüber Abstand nimmt. Staatsordner Hoch hat soeben an mich die Frage gerichtet, ob es zutrifft, daß die russische Regierung ausdrücklich und auf das bestimmteste unserer Regierung erklärt hat, daß sie bereit sei, Frieden zu schließen und daß sie garnicht daran denke, ihre Heere über unsere Grenzen zu führen; daß sie nur verlange, daß auch unsere Heere innerhalb unserer Grenzen bleiben! Eine derartige Erklärung an die deutsche Regierung ist seitens der russischen Regierung nicht erfolgt (Bewegung.)

Die von mir nur flüchtig gestreiften dringendsten Probleme der Gegenwart und der übernächsten Zukunft stellen dem Ministerium des Aeußern Aufgaben schwerster Art und größter Zahl. Wie sind diese Aufgaben mit den vorhandenen Kräften zu bewältigen? Ich weiß, daß das eine alte Uebung ist, meinem Ministerium das Vertrauen zu versagen. (Heiterkeit.) Die Lösung der Aufgaben wird dadurch nicht erleichtert. Ich weiß, daß man erklärt:

Im Ministerium des Auswärtigen

gehe alles seinen alten Schlendrian weiter. Wer das sagt, hat keinen Einblick in die Wandlungen, die sich bereits vollzogen haben und noch vorbereiten.

Ich habe nicht die Neigung, von der Kritik über meine Vorgänger zu leben. Es mag zwar eine reichliche Nahrung sein, aber sie ist unverdaulich. Ich bin fest entschlossen, Wandel zu schaffen. Zunächst handelt es sich um eine Reform der Organisation. Statt der bisherigen Einteilung nach Materien führe ich das Regional-System ein. Jedes wichtige Land wird seinen Spezial-Referenten bekommen, dadurch werden wir wirkliche Sachverständige heranbilden, die ein Land in seiner Gesamtheit übersehen können. Den Auslandsmissionen sollen besondere Sachverständige zugeteilt werden, um die sozialen Einrichtungen jedes Landes zu studieren und Fühlung mit den Arbeiterkreisen zu gewinnen. Hand in Hand mit der organisatorischen Reform geht eine Reform des Personals. Durch den Wegfall der Unterscheidung zwischen diplomatischer und konsularischer Laufbahn wird die Auswahl unserer Anwärter für die höchsten Posten auf eine wesentlich breitere Grundlage gestellt. Es wird sich als notwendig herausstellen, die Wandlung, die sich in Deutschland innerlich vollzogen hat, auch nach außen zum Ausdruck zu bringen, Veränderungen auf einigen neutralen Auslandsposten herbeizuführen. Ich möchte ausdrücklich betonen, daß es der Regierung darum zu tun ist, auf einzelne Posten wichtiger Arbeit im Ausland Männer zu setzen, die durch ihre öffentliche Arbeit das Vertrauen der Regierung gewonnen haben. Das schwerste Hinderns für die Reform ist, so seltsam das klingt, der mangelnde Raum. Wir brauchen ein neues Dienstgebäude für das Auswärtige Amt; dann müssen die Mitarbeiter auch wirklich gut entlohnt werden. Trotz aller Sparsamkeit muß das erfüllt werden. Auch bei der besten Organisation und dem besten Personal ist keine gute auswärtige Politik zu erhoffen, wenn die Quelle, aus der wir Kraft für den Außendienst schöpfen, verpiffet oder versiegt ist, wenn das Volk, für das wir arbeiten sollen, sich in inneren Kämpfen erschöpft. Ich glaube trotz allem an Deutschlands Zukunft. Alle Staaten, die in diesen Weltkrieg verwickelt worden sind, ob Sieger oder Besiegte, sind in der größten Not. Wohl hat Deutschland den tiefsten Sturz durchgemacht, aber Zerstörung von Kulturwerten, die dieser Krieg zur Folge hatte, trifft auch die Völker, die sich jetzt im Glanze kriegerischer Erfolge sonnen möchten. Sie alle haben Unermeßliches an nationalen Werten opfern müssen. Kaum ein Volk wird von dem Frieden, der in Paris geschlossen wird, ohne Enttäuschung sein. Und diese Enttäuschung birgt in sich eine furchtbare Gefahr, da der Krieg, der überall die alten Ordnungen auflöste, anarchischen Ideen Vorschub leistet, die statt des erhofften Behagens wiederum Mühsal und Entbehrungen bringen.

Hier steht der allgemeine Feind,

hier ist die allgemeine Aufgabe, hier hilft kein gegenseitiges Beschuldigen, kein Grübeln über die Vergangenheit, wir müssen gemeinsam die Hand an das Werk legen, das unseren Kindern und Enkeln eine würdige Zukunft sichern soll. Ein Symbol dieses Entschlusses ist Deutschlands Verpflichtung, Belgien und Nordfrankreich wieder aufzubauen (Sehr wahr! links). Wir sind die Verpflichtung eingegangen aus dem vollen Bewußtsein, daß wir sie nur in werktätiger Gemeinschaft mit unseren Gegnern erfüllen können, und wir beklagen es doppelt, daß ihr Mißtrauen die Erfüllung durch gehässigen Mißbrauch unserer Kriegsgefangenen zu erzwingen sucht. Dadurch wird, was ein Werk der Versöhnung sein sollte, ein Werk neuen Hasses. Wer in Wahrheit danach strebt, daß der Krieg der Welt eine neue Auffassung von dem Zusammenleben der Völker bringen soll, der muß alle Motive des Hasses, der Rache, der Vergewaltigung aus den Friedensbedingungen zu entfernen suchen. Wenn wir die Frage nach der Schuld stellen, und sie offen und wahr beantworten wollen, so geschieht das nicht aus solchen Motiven, sondern um die begangenen Fehler zu erkennen, und einen deutlichen Strich unter diese zu machen. Die Erforschung der Schuld darf nur ein Mittel der politischen Erziehung sein. Auch dabei soll der Blick nicht nach rückwärts, sondern nach vorwärts gerichtet werden zu einer Völkergemeinschaft, in der die Förderung der nationalen Interessen nicht mehr im Gegensatz zu dem Dienst einer Menschheitsentwicklung steht. (Lebhafter wiederholter Beifall).

Preußische Landesversammlung

Berlin, 10. April.

Beamten- und Mittelstandsfragen

Präsident Leinert eröffnet die Sitzung um 2¼ Uhr nachmittags.

Ein Antrag der Deutschnationalen Volkspartei, Abg. Oelze und Genossen, will die Regierung ersuchen, die in weiten Kreisen des Beamtentums entstandene Beunruhigung über die Sicherheit ihrer Stellung durch die Erklärung zu beseitigen, daß die unter der früheren Regierung erworbenen Rechte der Staatsbeamten, der Geistlichen, Lehrer, Offiziere und Militär-Beamten, auf unkündbare Anstellung, Ruhegehalt und Hinterbliebenenbezüge durch die Verfassung gewährleistet werden sollen. Ferner soll die Regierung der wirtschaftlichen Sachlage der Beamten ihr Augenmerk zuwenden, und die Rechtsverhältnisse der Beamten einer Neuordnung unterziehen und zur Durchführung dieser Aufgabe die Beamten-Organisationen in weitestem Umfange heranziehen und darauf hinwirken, daß den Reichsbeamten und den Beamten der Selbstverwaltung die gleichen Verbesserungen zuteil werden. Anträge gleicher Tendenz sind von den Demokraten, dem Zentrum und der Deutschen Volkspartei eingereicht.

Abgeordneter Oelze (dtschn.)

befürwortet den Antrag seiner Fraktion, der in diesem Hause hoffentlich eine bessere Aufnahme finden werde, als der damalige Antrag seiner Parteifreunde in Weimar gefunden habe. Die Neuregelung des Beamtenwesens liegt vor allem in den Bedürfnissen und Interessen der Allgemeinheit. Beunruhigung sei in die Beamtenschaft dadurch hineingetragen worden, daß verlautet sei, die neue Regierung stehe auf dem Standpunkte, daß die Ansprüche der Beamten auf Ruhegehalt der Vergangenheit angehören würden. Eine bündige Widerlegung dieser Gerüchte sei bisher nicht erfolgt, eine Aufklärung über die Stellung der Regierung ebensowenig. Man hört nur, die Regierung denke nicht daran, an den bisherigen Rechten der Beamtenschaft zu rütteln. Jedenfalls macht sich eine Klarstellung im Gesetze selbst notwendig. Die bloße Zusicherung, die Regierung werde die Rechte der Beamten nicht antasten, reicht nicht aus. Daß die Regierung sich der wirtschaftlichen Notlage der Beamtenschaft annehmen müsse, ergibt schon ein Blick auf den erkrämlichen Stand der deutschen Valuta, die Mark sei heute nur noch 25 Pfg. wert. Die Anfangsgehälter müßten aufgebessert, das System der Wohnungsgeldzuschüsse reformiert, der immer steigenden Teuerung mehr als bisher bei der Gewährung der Bezüge Rechnung getragen werden. Der Redner erörterte des weiteren ausführlich die Frage des Beamtenrechts und tritt für die Schaffung von Beamtenkammern ein. Es wäre hochbedeutsam, wenn man allen Ständen eine berufsständische Vertretung aus allgemeinen Wahlen zuerkennen könnte. Durch die Adern unseres Volkes rast jetzt wieder das Streikfieber, es ist, als ob das arme Volk nicht zur Ruhe kommen könnte. Nur Arbeit kann uns retten! (Bravo! rechts.)

Abgeordneter Hammer (dtschn.):

Wir verlangen baldigen Abbau der Zwangswirtschaft und der allem Aufbehung der Kriegsgesellschaften. Wir machen dazu einen praktischen Vorschlag, der sich schon bewährt hat. Wir haben eine handwerks- und betriebszwischenberufliche Selbstverwaltung, wobei die Arbeitnehmer hinzugezogen worden sind unter behördlicher Mitwirkung, wie z. B. bei der Erzeugung und Verwaltung von Sparmetallen. Auch die Verteilung der rationierten Nahrungsmittel sollte nicht nur den Konsumvereinen, sondern auch den Einkaufs-Genossenschaften der Fleischer, Bäcker usw. unter Aufsicht der Kommunalbehörden übertragen werden. Den Berufsorganisationen und Einkaufs-Genossenschafts-Zentralen der Industrie, des Handels und des Handwerks müssen schleunigst Rohstoffe zugeteilt werden unter besonderer Berücksichtigung von Kriegsteilnehmern und stillgelegten Betrieben.

Abg. Esser (Ztr.) erachtet als notwendig zur Wiederaufrichtung des Mittelstandes finanzielle Hilfeleistung und Ueberweisung von öffentlichen Instandsetzungsarbeiten an das organisierte Handwerk.

Abg. Dr. Krüger-Charlottenburg (Dem.) ersucht die Regierung, unter anderem dahin zu wirken, daß die geplante Sozialisierung die Lebensfähigkeit des Mittelstandes nicht berühre.

Abg. Leidig (S. Vpt.) widerspricht den Sozialisierungs- und Kommunalisierungsversuchen, die schon viele Werte vernichtet hätten.

Abg. Mehrhof (U. S.): Nicht der Abbau, sondern der Ausbau der Zwangswirtschaft ist erforderlich.

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr: Anfragen und Anträge.

Schluß 6¾ Uhr.

Lärmszenen im Rätekongreß

Berlin, 10. April.

Im weiteren Verlauf des Rätekongresses griff Reichsernährungsminister Schmidt die unabhängigen Sozialdemokraten scharf an. Er fragte, ob man mit solchen Leuten überhaupt verbandeln könne und warf ihnen vor, sie wollten die Welt in Trümmer legen. Als er sie aber vollends der Unwahrhaftigkeit beschuldigte, entstand ein so ungeheurer Tumult, daß er mit noch mit Mühe zu Ende sprechen konnte.

Vom Staatenausschuß

Weimar, 10. April.

In der am Mittwoch unter dem Vorsitz des Reichsministers des Innern abgehaltenen Vollsitzung des Staatenausschusses wurde der Einbringung eines Gesetzentwurfes über die Ermächtigung der Reichsregierung zum Erlaß von Verordnungen an die Verfassungsgebende deutsche Nationalversammlung zugestimmt. Ferner wurden Gesuche in ärztlichen und Apothekerdispensationen erledigt. Dem Vorschlag der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte bezüglich Anstellung von höheren Beamten der Anstalt wurde zugestimmt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191904111-10/fragment/page=0002

Die Streiklage im Reiche

So macht es Frankreich!

Dem „B. T." wird aus Aachen gemeldet: Ein Streikversuch beim Kraftwerk Mainz wurde durch die französische Androhung sofortiger Deportation und Zwangsarbeit beim Wiederaufbau Belgiens umgehend beigelegt.

Sowjetgelüste in Danzig

Danzig, 10. April.

Der Streik der Eisenbahner in Danzig ist jetzt einem politischen Streik erklärt worden mit dem Ziel der endgültigen Beseitigung der Regierung Ebert-Scheidemann, Aufrichtung der Räterepublik und Anknüpfung von Beziehungen zu den Sowjetregierungen in Rußland und Ungarn. Bis zum Mittag streikten rund 20 000 Arbeiter der Reichswerft, der Schichauwerft, der Waggonfabrik, der Artilleriewerkstätten und der Gewehrfabrik. In einer auf der Eisenbahnhauptwerkstätte abgehaltenen Versammlung der Streikenden wurde ein Telegramm des Eisenbahnministers Oeser verlesen, der die Forderungen der streikenden Arbeiter ablehnt. Der Personenzugverkehr von Danzig aus wird durch Beamte, die in ihrer Gesamtheit nicht am Streik beteiligt sind, und von militärischem Schutz möglichst aufrechterhalten. Im Vorortverkehr sind Notbelegläge eingerichtet.

Zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen den Truppen, die den Vorplatz zum Bahnhof absperrten und der dortigen Menge kam es heute abend zwischen 6 und 7 Uhr. Die Truppen waren den ganzen Tag aus der Menge heraus beschimpft worden. Bei einer Auseinandersetzung kam es zu Tätlichkeiten. Die Soldaten mußten den Platz räumen und gaben hierbei Feuer, wobei drei Personen getötet und mehrere verletzt wurden. Die Danziger Bürgerschaft ist über den Streik, der von den Spartakisten provoziert ist, äußerst erregt und trägt sich mit der Absicht, in den Gegenstreik einzutreten.

Räterepublik Braunschweig

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

Berlin, 10. April.

In Braunschweig ist heute die Räterepublik ausgerufen worden. An die Spitze der Räteregierung ist der frühere Landespräsident Merges getreten. Nähere Einzelheiten über die Vorgänge in Braunschweig liegen noch nicht vor, da Braunschweig fast vollständig von aller Welt abgeschlossen ist. Seit gestern nachmittag hat der Eisenbahnverkehr aufgehört. Russische Züge werden angehalten. Auch der Telephon- und Telegraphendienst ist eingestellt. Die Reichsregierung hat bisher zu den Vorgängen noch keine Stellung genommen. Es ist aber als sicher anzunehmen, daß sie keine passive Rolle der jüngsten Räterepublik gegenüber einnehmen wird.

Braunschweig gegen die Reichsregierung

Braunschweig, 10. April.

Der Arbeiter- und Soldatenrat hat an die Landesversammlung folgendes Schreiben gerichtet: „Der Vollzugsrat des Landesarbeiterrates im Freistaat Braunschweig stellt der Landesversammlung folgende Anträge und ersucht, dieselben sofort zu beschließen: Aufhebung der vorläufigen Verfassung, Verabschiedung der vorläufigen Verfassung, Vorbereitung der Volksabstimmung durch Einsetzung der Betriebsräte in sämtlichen industriellen Unternehmungen, grundlegende Aenderung der Ernährungswesen. Ferner ersuchen wir die Landesversammlung, folgende Forderungen der Arbeiterschaft des Freistaates Braunschweig mit zu unterstützen: Sofortiger Rücktritt der Reichsregierung, Abschaffung sämtlicher Freiwilligenkorps, Schaffung eines Volksheeres nach den Grundsätzen des Erfurter Programms und Abschluß eines Bündnisses mit der russischen Räterepublik." Die Beratung des Antrages fand in der heutigen Sitzung der Landesversammlung noch nicht statt.

Braunschweig, 10. April.

Der Generalstreik geht heute weiter. Die Eisenbahn verkehrt auch heute vormittag noch nicht. In einer Versammlung auf dem Schloßplatz wurden verschiedene Reden gegen Scheidemann und Noske und für den Kommunismus gehalten. Darauf gingen die Teilnehmer in einem Demonstrationszuge durch die Stadt.

*

Der Kampf gegen die Räterepublik

Nürnberg, 10. April.

Nach einem beim 3. Armeekorps eingelaufenen Münchener Telegramm haben die Kommunisten die seitherige Regierung gestürzt und die Gewalt an sich gerissen. Das Militär steht auf seiten der Regierung Hoffmann. Der größte Teil der Münchener Bevölkerung wartet nur auf einen Anstoß von außen. Die wirtschaftliche Lage Münchens hat sich verschlimmert.

Gestern abend wurden über München von Fliegern Flugblätter abgeworfen mit der Mitteilung, daß München bald von den übrigen Bayern abgeschlossen sein werde. Die Lebensmittel- und Kohlenzufuhr würde ausbleiben. Eine Massendemonstration gegen die Räterepublik stände bevor. Es würde nicht lange dauern, bis München kapitulieren werde.

Das preußische Staatsministerium hat soeben folgenden Beschluß gefaßt: „Die preußische Regierung sieht, wie die Regierungen von Württemberg, Baden und Hessen, das Ministerium Hoffmann als die allein rechtmäßige Regierung Bayerns an."

Neuer Zentralrat in München

Spartakisten verhaften Gewerkschaftsführer als Geiseln.

Der „Lok.-Ang." erfährt indirekt aus München: Nach Betriebsversammlungen der Kommunisten auf der Theresienwiese und dem Oberwiesenfeld wurde eine Versammlung der Kommunistischen Betriebsräte abgehalten, die die entscheidende Stimmung erst um 4 Uhr früh beendete und einen neuen Zentralrat, bestehend aus fünf Arbeiter- und fünf Soldatenräten, wählte. Da der Kommunistenführer Dr. Levien seine Beteiligung ablehnte, wurde der Mannesmann-Klub zum Vorsitzenden gewählt. Nachts holten die Kommunisten elf Geiseln aus den Reihen der Gewerkschaftsführer, drangen in mehrere Polizeistationen ein, entwaffneten die Schutzleute und nahmen Kommissare und Wachtmeister als Geiseln mit. Diese sollen ingroßen wieder freigelassen werden. Welchen Erfolg der von den Kommunisten heute morgen proklamierte Generalstreik haben wird, bleibt abzuwarten. Die Kommunisten trachten danach, sich zu bewaffnen.

Aufforderung zum Anschluß an Rußland

Zwickau, 10. April.

Die Streikenden haben gestern in einer Versammlung beschlossen, heute morgen in den Generalstreik einzutreten. Der Streik, der ursprünglich wegen ungenügender Ernährung aufgewirbelt war, nimmt immer mehr den Charakter eines politischen Streiks an, als dessen Urheber hiesige Kommunisten anzusehen sind. In einem heute vormittag veranstalteten großen Demonstrationszuge wurden Plakate mitgeführt, die zum Anschluß an die Sowjetregierung in Rußland und Ungarn aufforderten. Die hiesigen Mehrheitssozialisten verhalten sich nach wie vor ablehnend zum Generalstreik. Die Bergarbeiter sind mit Ausnahme der Wilhelmschächte und eines Teiles der Schächte des Erzgebirgischen Steinkohlen-Vereins nicht angefahren. Arbeitswillige werden an der Arbeit verhindert. Die nach Dresden entsandte Abordnung, die vom Wirtschaftsminister eine erhöhte Lebensmittelzuweisung verlangen sollte, ist unverrichteterweise zurückgekehrt, da der Minister nicht in der Lage war, eine bestimmte Zusage zu machen. Bis jetzt ist die Ruhe nirgends gestört.

Spartakisten wollen Gruben zerstören

Dresden, 10. April.

Die sächsische Regierung hat sich wegen der Androhung von Anwendung von Gewalt seitens der Spartakisten im Lugau-Oelsnitz-Zwickauer Revier gezwungen gesehen, zum Schutze der Schächte und der Arbeiter Truppen in das dortige Gebiet zu entsenden, um der beabsichtigten Zerstörung der Gruben vorzubeugen. Die Truppen sind bereits unterwegs.

Neue Verhetzungen in Magdeburg

Magdeburg, 10. April.

Da die Nacht im allgemeinen ruhig verlaufen ist, wird durch Befehl des Generals Maercker das Verbot, die Straßen zu betreten, auf die Zeit von 10 Uhr abends bis 4 Uhr früh beschränkt. Heute vormittag erschienen zwei Flieger aus Braunschweig über der Stadt, die massenhaft spartakistische Flugblätter abwarfen, in denen zum Generalstreik und Anschluß an Rußland aufgefordert wird. Im Laufe der letzten Nacht und des heutigen Vormittags sind hier weitere Verstärkungen von Regierungstruppen eingetroffen.

Bürgerkrieg in Oberschlesien

Beuthen (Oberschl.), 10. April.

Mannschaften, die als militärische Hilfe zum Schutze der Lebensmittel-depots und zur Aufrechterhaltung der Ordnung nach Friedenshütte in Marsch gesetzt wurden, wurden daselbst von der aufgeregten Menge beschimpft, tätlich angegriffen und beschossen. Als Gefahr bestand, daß das Militär der Masse erliegen würde, sah sich der Führer gezwungen, den Befehl zum Feuern zu geben. Bisher sind fünf Tote und einige Verwundete gezählt worden. Besonders hervorgetan haben sich bei dem Angriff halbwüchsige Burschen.

Die Lage im Ruhrgebiet

Essen (Ruhr), 10. April.

Das Streikbild hat sich gegen die Vortage wenig verändert. Der Straßenbahnverkehr ruht noch immer. Das Gaswerk kann wegen Kohlenmangel auch heute nicht genügend Gas liefern. Die Straßen sind nachts dunkel. Die Beamten und Angestellten des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerkes haben nach Erfüllung ihrer sozialen Forderungen den Teilstreik abgebrochen und verrichten Notstandsarbeiten, so daß die Stadt, wenn auch mit Unterbrechung, mit elektrischem Licht versorgt wird. Die Arbeiter des Werkes verharren weiter im Sympathiestreik mit den Bergleuten. Infolge militärischer Sperre ist der gesamte Telephonverkehr aus der inneren Stadt nach außerhalb seit gestern abend verboten. Unter dem Schutz von Regierungstruppen finden sich die Arbeitswilligen wieder an ihren Arbeitsstätten ein. Bei der Firma Krupp hat sich die Zahl der Arbeitswilligen gegen gestern wieder erhöht. Da die Anerkennung einzelner Forderungen der Streikenden durch die Reichsregierung und den Zechenverband erst heute früh bekannt wurde, war eine entscheidende Einwirkung noch nicht zu bemerken.

Düsseldorf, 10. April.

Die Unruhen haben sich am Mittwoch abend in verschärftem Maße fortgesetzt. Vor dem Volkshaus wurde zwei Handgranaten auf einen Kraftwagen der Regierungstruppen geworfen, wobei zwei Soldaten den Tod fanden. Bei den Schießereien haben mindestens neun Personen den Tod gefunden, darunter eine Frau, die von einem Zivilisten ohne jeglichen Grund mit einem Revolver erschossen wurde. Der Zivilist ist entkommen. In den Krankenhäusern liegt eine große Zahl Verwundeter. Infolge des Streiks auf den Gaswerken mußten jetzt auch die städtischen Kriegsküchen ihren Betrieb einstellen. In der Lage des Generalstreiks ist keine Wendung eingetreten. Sie dürfte erst zu erwarten sein, wenn am Freitag und Sonnabend die Lohnzahlungen ausbleiben. In den Straßen, in denen sich die Kämpfe hauptsächlich abgespielt haben, sind zahlreiche Fensterscheiben zerschossen, und die Leitungen der Straßenbahn heruntergerissen. In der Immermannstraße wurde ein Offizier überfallen, von der Menge zu Boden gerissen und in bestialischer Weise gemartert. Einzelne Soldaten, die auf der Straße vom Volk überfallen und entwaffnet wurden, sind sogar ihrer Uniform und Stiefel beraubt worden. Heute morgen nahmen die Schießereien im Innern der Stadt ihren Fortgang. Der Straßenverkehr war sehr schwach.

Die belgische Abteilung im Düsseldorfer Hafen, die die Lebensmittelversorgung überwacht, hat bekanntgegeben, daß an die ausständigen Arbeiter keine Lebensmittel verteilt werden sollen.

---

150 Milliarden Kriegsentschädigung

Diplomatischer Lagebericht

Paris, 10. April.

Der Viererrat prüfte gestern die vom Redaktionsausschuß vorbereitete Formel für das Statut des Saarbeckens und nahm sie in ihrer Gesamtheit an. Die Formel gibt Frankreich politische und administrative Garantien, die keine Mißdeutung zulassen.

Morgen wird der Viererrat die Prüfung der Frage der Wiedergutmachung wieder aufnehmen und den Bericht besprechen, der durch die Finanzsachverständigen auf folgender Basis festgesetzt wurde:

1. Sofortige Zahlung von 25 Milliarden Entschädigung durch Deutschland, zahlbar in Gold, Rohmaterialien und Gutaben im Auslande.
2. Reichnung eines Gutscheins, durch Deutschland, der die einstweilige Forderung der Alliierten auf 150 Milliarden anerkennt.
3. Zahlung von Jahresrenten ab 1919, die jedes Jahr festzusetzen sind, die aber nicht niedriger sein dürfen, als der im Vertrag vorgesehene Mindestbetrag.

Danzig als Freihafen

(Von unserem X-Sonderberichterstatter.)

Berlin, 10. April.

Wie die Telegraphen-Kompagnie erfährt, kann die Frage der Zukunft Deutschlands nunmehr als endgültig betrachtet werden. Nach Informationen, die an hiesiger zuständiger Stelle vorliegen, hat man sich in Paris endgültig dafür entschieden, Danzig nicht an Polen abzutreten, sondern Freihafen werden zu lassen. Die deutsche Regierung hat sich diesem Standpunkt angeschlossen und beabsichtigt so schnell wie möglich einen Weg zu finden, um gemeinsam mit den Alliierten die Lösung der Frage von Danzig herbeizuführen.

Halle und Umgebung

Halle, 11. April.

Studienerleichterung für Juristen

Der Verfassungsgebenden deutschen Nationalversammlung ist folgender Entwurf eines Gesetzes für die Ausbildung von Kriegsteilnehmern zum Richteramte zugegangen: „Zwischensemester werden an allen deutschen Universitäten zu den ordentlichen Studienhalbjahren eingerichtet werden, sowie gleichwertige Universitätsstufe, die an anderen Stellen veranstaltet werden und den Kriegsteilnehmern von der Landeszentralbehörde als volle Halbjahre auf das dreijährige Studium der Rechtswissenschaft (§ 2 Absatz 2 des Gerichtsverfassungsgesetzes) angerechnet werden. Die Landeszentralbehörde kann für einen Kriegsteilnehmer den dreijährigen Vorbereitungsdienst zwischen der ersten und zweiten juristischen Prüfung (§ 2 Absatz 3 des Gerichtsverfassungsgesetzes) um höchstens ein Jahr abkürzen. Die Kürzung darf nicht erfolgen, soweit das dreijährige Rechtsstudium des Kriegsteilnehmers durch Anrechnung von Zwischensemestern oder Universitätskursen abgekürzt worden ist. Von den Gnadenerteilungen (§§ 1, 2) darf die Landeszentralbehörde nur soweit Gebrauch machen, wie es zum Ausgleich einer durch die Teilnahme am Kriege verursachten Verzögerung der Ausbildung erforderlich ist. Die Landeszentralbehörde bestimmt, wer als Kriegsteilnehmer anzusehen ist und was als Teilnahme am Kriege angesehen werden kann. Der Teilnahme an dem gegenwärtigen Kriege kann der Dienst bei anerkannten Verbänden freiwilliger Truppen zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung oder des Grenzschutzes sowie der beurlaubten Hilfsdienst gleichgestellt werden. Die Vorschrift des Absatzes 1 gilt entsprechend.

— **Heinz Clos, Volksweisen, Spielmanns- und Schelmenlieder zur Laute.** Es ist für einen Neuling ein gewagtes Unternehmen, im Zeitalter Kothes und Sven Schoslanders mit der Laute vor das Publikum zu treten, um dem Volkslied seinen Platz in der Kunst behaupten zu helfen. So hatte Heinz Clos gestern abend eine nicht allzu große Zuhörerschaft im Mozartsaal versammelt, um zu zeigen, daß nicht nur im Volkslied, sondern auch im neueren Kunstlied Werte liegen, die als deutsches Gemeingut Herz und Gemüt bewegen. Im Besitz einer frischen Stimme, versucht Clos, der gestellten Aufgabe gerecht zu werden, was ihm jedoch am wenigsten bei den lyrisch-feinempfundenen Weisen gelang. Lieder, wie die rührselig-überschwengliche „Schneenacht auf Posten" oder gar die seichte „Bayrische G'schichtn" und die „Bauernhochzeit" gehören eher in ein Tingeltangel als in den Konzertsaal, wo auf ein ganz andersartig eingestelltes Publikum zu rechnen ist. — Immerhin rissen einige Scherzlieder die Zuhörer zu lebhaftem Beifall hin. Das gemeinsam gesungene Lied: „Wenn alle Brünnlein fließen" schloß den wenigstens an Unterhaltung und Abwechslung reichen Abend. Sv.-He.

— **Die „Volksstimme", die ja ein herzensgutes Blättchen, in** manchem Belang jedoch anerkanntermeise etwas schwach von Auffassung ist, verfällt in ihrer gestrigen Ausgabe in eine erschreckliche Raserei des Gemüts. Sie schreibt in dem ihr eigenen und ihren Lesern verständlichen Tone: „Die beiden extremen Blätter, das „Volksblatt" und die „Saalesche Zeitung", überbieten einander im Aufbringen der sinnlosesten Märchen über gegenrevolutionäre Bestrebungen, die angeblich auf der „Gegenseite" im Gange seien. Mit Nervosität und Angst voreinander ist das nicht mehr zu entschuldigen, es muß gesagt werden, daß es verbrecherisch ist, dauert immer wieder von neuem Unruhe heraufzubeschwören. Weder Schutzwehr noch Freikorps sind mobilisiert, die diesbezüglichen Mitteilungen der „Hallischen" sind grobe Lügen" u. s. f. — Daß die „Hallesche Zeitung" Märchen von einer bürgerlichen Gegenrevolution in die Welt setzt, das „lügt" die „Volksstimme" in Halle niemandem ein. Wer unseren in Frage kommenden Artikel gelesen hat, wird bestätigen, daß er nicht, wie die „Volksstimme" der Welt nach oberflächlichem Hinsehen „verbrecherisch vorlügt", Unruhe stiftet, sondern den verbehenden Angaben des „Volksblattes" scharf entgegentritt und vor Unruhen warnt. Den Leuten „vorzulügen", wir hätten gesagt, die Schutzwehr sei mobilisiert, ist ein „Verbrechen" der „Volksstimme" und ihrer Oberflächlichkeit. Vertreffe des Freikorps mag die „Volksstimme" sich erst unterrichten, ehe sie andere Leute der „Lüge" zeiht. Es ist „verbre —", nein, es ist lächerlich, mit so großen Worten herumzufahren, wenn nichts dahinter steht und man mit seinen Informationen hinter dem Monde ist. Das ganze Gebaren der biederen „Volksstimme" scheint auf die Angst zurückzuführen zu sein, sich von der radikalen Arbeiterschaft nicht den Wind aus den Segeln nehmen zu lassen. Die Taktik der „Volksstimme" wird bei allen diesen Fragen durch die Aufrechterhaltung der Konkurrenz mit dem „unabhängigen" „Volksblatt" bestimmt. Das kann man verstehen, wenn man eine solche Haltung auch nicht als besonders charaktervoll anzusprechen vermag. Von Zuversicht in die Festigkeit der eigenen Position zeugt das gerade nicht, was die „Volksstimme" tut. Wenn sie in ihrer Schreiberei dauernd mit Worten wie Lüge, Verbrechen usw. herumwirft, so muß man sagen, daß sich jeder eben so gut ausdrückt, wie er kann.

— Der Verein ehem. 36er hielt am 5. April eine außerordentliche Hauptversammlung ab. Der Vorsitzende, Herr Gärtner, begrüßte die erschienenen Kameraden und gab das Ableben zweier Kameraden bekannt. Zu Ehren der Verstorbenen erhoben sich die Anwesenden von ihren Plätzen. Zur Aufnahme als Mitglieder hatten sich 4 Kriegsteilnehmer gemeldet. Sie wurden einstimmig aufgenommen. Ueber die Vorstandssitzung des Kreiskriegerverbandes erstattete Kamerad Mühl eingehenden Bericht. Nach § 15 der Vereinssatzungen wurde die Wahl eines Versorgungsausschusses vorgenommen. Hierzu sind 8 Kameraden gewählt worden. An einige bedürftige Kameraden und Witwen wurden Unterstützungen aus dere Vereinskasse bewilligt. Von einem Kameraden wurde den Anwesenden bezw. deren Angehörigen der Beitritt zur Schutzwehr oder dem Freikorps Halle angelegentlichst empfohlen. Kamerad Gärtner teilte der Versammlung mit, daß er aus Gesundheitsrücksichten gezwungen sei, sein Amt als 1. Vorsitzender niederzulegen. An seine Stelle wurde Kaufmann Hermann Mühl einstimmig gewählt. Dieser nahm die Wahl an und dankte für das ihm geschenkte Vertrauen. Auf Antrag des Schriftführers, Kameraden Möhring, wurde der bisherige Vorsitzende, Kamerad Gärtner, in Anbetracht der besonderen Verdienste, die er dem Verein während seiner 19jährigen hervorragenden Tätigkeit im Vorstande geleistet hat, einstimmig zum Ehrenvorstandsmitgliede ernannt. Ein auf die gute Kameradschaft vom Vorsitzenden, Kamerad Mühl, ausgebrachtes Hoch fand brausenden Wiederhall.

— **Freigabe von Kleiderstoffen.** Für 75 Millionen Kleiderstoffe sind aus den Heeresbeständen für den freien Handel und das Handwerk freigegeben worden. Durch Vermittlung der Reichs-Textil-Aktiengesellschaft ist über die Hälfte bereits von den Verbänden abgenommen. Der Rest wird gleichfalls abgesetzt, so daß sich demnächst die Zutreffe des Stoffs beim Verbrauch bemerkbar machen muß. Die Stoffe sollen zu Preisen veräußert werden, die niedriger als die Preise der sonst im Inlande vorhandenen oder neu herzustellenden Stoffe sein werden.

— **Die Photographische Gesellschaft in Halle hält am 15. 5. M. um 8¼ Uhr im Gemeindehause „St. Stephanus" ihre Jahreshauptversammlung ab. Dr. Curt Schlüter hält einen Lichtbildervortrag über seine Reise nach Lappland.**

Hauptschriftleiter Helmut Böttcher.
Verantwortlich für den politischen Teil: Helmut Böttcher; Volkswirtschaft: Hans Helling; für die Abteilung Kunst, Wissenschaft, Unterhaltung sowie für den lokalen Teil: Adolf Weber; für provinzielle Nachrichten, Gerichtssaal und Sport und den übrigen redaktionellen: Hans Helling; für den Anzeigenteil: Paul Gerhen, sämtlich in Halle a. S.
Verlag und Druck der Saalezeitung Otto Thiele Halle a. S.
Verlagsdirektor Robert Boedicke.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191904111-10/fragment/page=0003

Steuer-Kurse, Berliner Börse

31. Dezember 1918

Die Steuer-Kurse, Berliner Börse, 31. Dezember 1918

Berlin. Bankdiskont 5 % Lombardzinsfuß 6 %

Handelsgesetze: 1 Pf. = 1 Pfg. Pfd. = 20 Pf. — Gust. 1 G. Gulden: 2 M. Währ: 1 Pf. 1 M. = 1 Kr. — 7 G. Gulden = 12 M. Währ. 1 Fr. = 1 Lira. 1 Fl. = 1 Rbl.: 1 Rbl. = 1 Gold-Rbl.: 3.20. — 1 Peso: 4. — 1 Doll.: 4.20. — 1 Lira = 70.40 B.

Die Kursen für Wertpapiere, die die Zinsscheine an Zinsscheinen, Ausbeuteschein, Ausbeuteschein, Ausbeuteschein